



AKTUELLE STUNDE - 2. September 2026

Sicherheitspolitische Strategie Liechtenstein – vom strategischen Rahmen zur konkreten Umsetzung

Geopolitische Spannungen, bewaffnete Konflikte, Versorgungsrisiken, Naturgefahren und neue Bedrohungsformen wie Cyberangriffe zeigen, dass sich auch Liechtenstein mit einem zunehmend komplexen sicherheitspolitischen Umfeld auseinandersetzen muss. Sicherheit lässt sich dabei längst nicht mehr auf einzelne Bereiche beschränken. Innere Sicherheit, Bevölkerungsschutz, wirtschaftliche Resilienz, Cybersicherheit, kritische Infrastrukturen, Aussenpolitik und gesellschaftlicher Zusammenhalt greifen immer stärker ineinander.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung im Juni dieses Jahres erstmals eine umfassende Sicherheitspolitische Strategie Liechtenstein vorgestellt. Sie schafft einen langfristigen Handlungsrahmen für eine integrierte Sicherheitspolitik und soll dazu beitragen, Risiken frühzeitig zu erkennen, staatliche Strukturen widerstandsfähiger zu machen und die Handlungsfähigkeit Liechtensteins auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Die Strategie umfasst fünf Handlungsfelder:

1. Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz
2. Wirtschaftliche Sicherheit, Digitalisierung, neue Technologien und Schutz kritischer Infrastrukturen
3. Aussenpolitik und internationale Kooperationen
4. Demokratisches Wertebewusstsein und gesellschaftlicher Zusammenhalt
5. Umgang mit militärischen Konflikten und Risiken

Diesen Handlungsfeldern werden strategische Ziele und konkrete Massnahmen zugeordnet. 15 Massnahmen werden dabei als prioritär bezeichnet. Die Strategie macht gleichzeitig deutlich, dass Sicherheitspolitik keine einmalige Aufgabe ist, sondern laufend überprüft und an neue Entwicklungen angepasst werden muss.

Bereits vor einem Jahr hat sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit der damals noch in Erarbeitung befindlichen Sicherheitsstrategie beschäftigt. Ziel war es, ein gemeinsames Verständnis für mögliche Bedrohungslagen zu entwickeln und unterschiedliche Erwartungen an eine solche Strategie einzubringen.

In einer Kleinen Anfrage im März-Landtag wurde nach der weiteren Einbindung des Landtags gefragt. Regierungsrat Hubert Büchel stellte damals in Aussicht, dass die Sicherheitspolitische Strategie nach ihrer Verabschiedung im Frühjahr 2026 dem Landtag und anschliessend der Öffentlichkeit vorgestellt werde.

Inzwischen liegt die Strategie vor und ist öffentlich zugänglich. Auch S.D. der Erbprinz hat sie in seiner Staatsfeiertagsansprache vom 15. August 2026 ausdrücklich begrüsst. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass mit der Erarbeitung einer Strategie erst ein erster Schritt getan sei und die eigentliche Herausforderung nun in ihrer konsequenten Umsetzung und laufenden Weiterentwicklung liege.

Genau an diesem Punkt erscheint eine vertiefte Diskussion im Landtag sinnvoll. Viele der vorgesehenen Massnahmen werden in den kommenden Jahren politische Entscheidungen nach sich ziehen. Es wird darum gehen, Prioritäten zu setzen, Verantwortlichkeiten zu klären und zu entscheiden, welche personellen, finanziellen und technischen Ressourcen notwendig sind. Einzelne Massnahmen können gesetzgeberische Anpassungen oder zusätzliche Investitionen erfordern. Andere verlangen eine engere Zusammenarbeit zwischen Staat, Gemeinden, Wirtschaft, kritischen Infrastrukturbetreibern und internationalen Partnern.

Damit stellt sich auch die Frage nach der Rolle des Landtags. Die operative Umsetzung der Strategie liegt grundsätzlich bei der Regierung und den zuständigen Stellen. Der Landtag trägt jedoch Verantwortung, wenn gesetzliche Grundlagen angepasst, finanzielle Mittel bereitgestellt oder grundsätzliche politische Prioritäten festgelegt werden. Darüber hinaus sollte er die Umsetzung der Strategie politisch begleiten und regelmässig beurteilen können, ob die gesetzten Ziele erreicht werden und ob aufgrund neuer Bedrohungslagen Anpassungen notwendig sind.

Die FBP möchte die Aktuelle Stunde deshalb nutzen, um die inhaltlichen Schwerpunkte der Sicherheitspolitischen Strategie und die nächsten Schritte ihrer Umsetzung zu diskutieren. Es geht darum, gemeinsam zu beurteilen, wo Liechtenstein bereits gut aufgestellt ist, wo noch Lücken bestehen und welche Massnahmen in den kommenden Jahren besonders dringlich sind. Ebenso stellt sich die Frage, welche Ressourcen für die Umsetzung notwendig sind und welche Rolle der Landtag bei der weiteren Konkretisierung und politischen Begleitung der Strategie einnehmen soll.

Dafür laden wir die Landtagsabgeordneten aller Parteien sowie die Regierung ein, die folgenden Fragen zu beantworten:

- **Welche Bereiche der Sicherheitspolitischen Strategie sollten bei der Umsetzung aus Ihrer Sicht in den kommenden Jahren besondere Priorität erhalten?**
- **Welche der 15 prioritären Massnahmen sollten besonders rasch konkretisiert und umgesetzt werden?**
- **Wo braucht es für die Umsetzung eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Land, Gemeinden, Wirtschaft, Betreibern kritischer Infrastrukturen und internationalen Partnern?**
- **Welche personellen, finanziellen und technischen Ressourcen sind notwendig, damit die vorgesehenen Massnahmen wirksam umgesetzt werden können?**
- **Wie soll der Landtag die Umsetzung und Weiterentwicklung der Sicherheitspolitischen Strategie künftig politisch begleiten?**

FBP-Fraktion